



Die Brücke



Mitteilungsblatt der Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten

Nr. 24 – Juni 2010

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde!

Von Zeit zu Zeit schmökere ich ein wenig in den alten Ausgaben unserer *Brücke*. ‚Nachrichten aus Deutschland und Europa‘ hat sie sich seinerzeit genannt und war eine richtige Zeitung, die zuletzt allerdings nur noch alle zwei Monate erschien. Leider ist das Vergangene. Es fehlte das Geld und die personelle Ausstattung für den redaktionellen Betrieb. Aber auch unsere alten Blätter haben noch aktuellen Bezug: In der Ausgabe vom 15. Dezember 2001 war die Überschrift zu lesen *SPD für ‚Zähmung des Kapitalismus‘*. Rudolf Scharping, der die SPD-Programmkommission geschäftsführend leitete, forderte, den Kapitalismus weltweit zu zähmen und zu zivilisieren. Es müssten Gegengewichte zur Konzentration wirtschaftlicher Macht geschaffen werden. Seither sind mehr als 8 Jahre ins Land gegangen. Was hat die Politik - auch und insbesondere - unsere politische Repräsentanz erreicht? Der Kapitalismus ist entfesselter denn je. Eine Wirtschaftskrise ist mit ihren Folgen noch nicht überwunden und schon steht die Euro-Währungskrise als zusätzliche Missetat der allein an Kapitalgewinnen orientierten Spekulanten ins Haus. Und die von uns Sozialdemokraten so hoch proklamierte Solidarität der kleinen Leute fängt nicht die Armut der ganz Schwachen auf, sondern mit einer Generationenlast die Schäden, die Zocker und gierige Banker verursacht haben. So haben wir uns die praktische Anwendung unserer Grundsätze Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht vorgestellt.

Nach diesen einleitenden Gedanken möchte ich für die Gedenkfeier in Teplitz meinen Dank gegenüber allen aussprechen, die sich aktiv eingebracht und keine Mühe und Belastung gescheut haben, an der Feier teilzunehmen. Es waren immerhin mehr als 100 Personen! Die Veranstaltung war eine gelungene Kombination aus Gedenken an die Geschichte unserer Partei mit Überlegungen, wie man sich eine gemeinsame sozialdemokratische Politik in einer zwingend nötigen staatlichen Vereinheitlichung Europas und in einer wirtschaftlich globalisierten Welt vorstellen kann und wie sie gemeinsam über die Grenzen der heutigen Staaten hinweg geschaffen werden könnte. Eingeleitet wurde die Tagung mit der Festrede von Dr. Martin Bachstein über *Nationale und soziale Themen für eine neue und alte Partei*. Jana Vaňhová, Bezirkshauptfrau der Region Nordböhmen-Aussig, hat dazu in Vertretung von Jiří Paroubek die Gedanken unserer tschechischen sozialdemokratischen Freunde eingebracht, Marianne Hagenhofer, Abgeordnete zum Nationalrat und Menschenrechtssprecherin des SPÖ-Parlamentsclubs, vertritt die Position der österreichischen Sozialdemokraten und unser Freund Franz Maget, Vizepräsident des bayerischen Landtags, hat in einer mitreißenden Rede die Zukunftsansprüche, die an uns gerichtet werden, und Ansätze zu deren Lösung, orientiert an den Maßstäben der sozialdemokratischen Grundwerten, dargestellt.

Zugleich konnten wir in Teplitz unsere Ausstellung *Von der DSAP zur Seliger-Gemeinde* präsentieren. Dank noch einmal an Karl Garscha, Georg Schatz, Peter Heidler und alle anderen im Arbeitskreis, die dieses großartige Werk des Erinnerns geschaffen haben. Und ein besonderer Dank geht an Dr. Victor Keller, dem Leiter des Teplitzer Regionalmuseums, der in wunderbarer Weise die ganze Veranstaltung organisatorisch begleitet und für die sehr ansprechenden Räume gesorgt hat und dem nicht zuletzt und überhaupt die Präsentation der Ausstellung zu verdanken ist. Sein Großvater, das soll nicht unerwähnt bleiben, war DSAP-Mitglied in Eger.

Der Frühling ließ heuer sehr zu wünschen übrig. Deshalb erhoffe ich für uns alle - sei es auf Urlaubsreise oder daheim - einen besonders schönen Sommer. Und vielleicht treffe ich ja viele von Euch in Bad Alexandersbad.

Freundschaft.
Euer Dr. Helmut A. Eikam

Termine

- 07.-28.06.:** Ausstellung im Landratsamt, Hof
- 29.-31.10.:** Bundesversammlung in Bad Alexandersbad
- 27.06., 14.00 Uhr:** Sommeranfangsfest der SG-Ortsgruppe Hof in der Gaststätte Waidmannsheil in Leimitz

DSAP-Gründung vor mehr als 90 Jahren

Die heute wieder etwas aufblühende Kurstadt Teplitz-Schönau war Schauplatz einer Veranstaltung der Seliger-Gemeinde (SG) am 10. und 11. April zur Gründung der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei (DSAP) vor mehr als 90 Jahren. Nachdem bereits am 30. August im vergangenen Jahr die SG auf dem Schönauer Friedhof mit einer Kranzniederlegung des ersten Vorsitzenden der DSAP Josef Seliger gedacht hatte und auch die Bundesversammlung im Oktober im Lichte der Neugründung der deutschen Sozialdemokratie in der neu entstandenen Tschechoslowakei stand, versammelten sich mehr als 100 SG-Mitglieder und Gäste im Rokoko-Saal des Schlosses. Der einstmalige Stammsitz der Fürsten von Clary-Aldringen dient heute als Museum und sendete einen speziellen Kontrast feudaler Herrlichkeit gegenüber dem Gedenken an die Gründungsversammlung in den Imperatorsälen in Turn aus, wo - damals noch vor den Toren von Teplitz-Schönau - knapp 300 Delegierte und über 1.000 Zuschauer am Parteitag im Zentrum der böhmisch-mährischen Sozialdemokratie teilnahmen.

Helmut Eikam konnte hochrangige Gäste begrüßen. Den Weg nach Teplitz fanden von Prag der Botschafter Deutschlands in der Tschechischen Republik Johannes Haindl und der Sozialreferent Stephan Schmid, die Abgeordnete zum Nationalrat Österreichs und

Menschenrechtssprecherin des SPÖ-Parlamentsklubs Marianne Hagenhofer aus Wien, der Vizepräsident des bayerischen Landtags Franz Maget aus München, die Präsidentin der Region Aussig Jana Vaňhová und vom Collegium Bohemicum in Aussig Tomáš Okurka. Jiří Paroubek, Wenzel-Jaksch-Preisträger 2007, der mittlerweile Wahlkreis und Domizil nach Teplitz verlegt hat, musste als Wahlkämpfer und ČSSD-Spitzenkandidat ein Fernsehduell mit seinem größten Herausforderer, dem ODS-Spitzenkandidaten Petr Nečas, absolvieren und leider kurzfristig absagen.

Im Zentrum des ersten Tages stand der Festvortrag von Dr. Martin Bachstein (siehe Kasten), der es auf eindrucksvolle Weise verstand, die Zuhörer im Ballsaal des Schlosses in die Zeit nach dem Ende des Ersten Weltkrieges zu versetzen und den Problemhorizont der Spaltung der vormals in der Habsburger Monarchie gemeinsam marschierenden österreichischen Sozialdemokratie vor Augen zu führen. Danach wurde im ehemaligen Reitersaal die in deutscher und tschechischer Sprache ausgeführte Ausstellung zum Weg der sudetendeutschen Sozialdemokratie *Von der DSAP zur Seliger-Gemeinde* präsentiert. Mit zwei Bussen ging es dann ans andere Ende der Stadt an Josef Seligers Grab, dessen imposanter Grabstein den alten Teil des Schönauer Friedhofs prägt. In einer kurzen Gedenkfeier würdigte Helmut Eikam noch einmal den wichtigsten Akteur auf der Bühne des Gründungsparteitages und Namensgeber der 1951 gegründeten politischen Gemeinschaft.



Christa Naaß, MdL, und Franz Maget, Vizepräsident des bayerischen Landtags

Am folgenden Tag fanden sich die Teilnehmer/innen im Rokoko-Saal ein und konnten dort der Rede von Jana Vaňhová auf tschechisch und in deutscher Übersetzung folgen. Es war augenscheinlich die für Jiří Paroubek ausgearbeitete Rede über *Minderheitenschutz und Volksgruppenrechte in Europa und sozialdemokratische Politik auf transnationaler Ebene*. Denn neben den Ausführungen zu den führenden sudetendeutschen sozialdemokratischen Köpfen in der ČSR und der Betonung ihrer Loyalität zum tschechoslowakischen Staat war die Rede vor allem ein Plädoyer für eine Gestaltung Europas in sozialdemokratischer Weise mit der Feststellung, dass die ČSSD die proeuropäischste Partei Tschechiens sei. Der Umgang mit den Minderheiten, das Problem der Volksgruppenrechte, war ja auch ein Sargnagel für die Erste Tschechoslowakische Republik gewesen. Die Europäische Union bietet heute mit ihrem Schutz der Minderheiten und der Minderheitensprachen, ihren Antidiskriminierungsgesetzen und dem Schutz individueller Rechte und von Gruppenrechten eine gute Plattform.

Europa war dann auch die Rede von Franz Maget gewidmet, wobei er die rhetorische Frage *Reden wir eigentlich (auch in der Sozialdemokratie) miteinander in Europa?* an den Anfang stellte. Und sie im Weiteren verneinte, obwohl doch gerade die Sozialdemokratie für Freiheit und Demokratie, an Einsatz für den Frieden, an Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Partizipation aller am Wohlstand viel Gemeinsames zu bieten hätte. Interessant war sein Vergleich der Rede Otto Wels vor dem letzten frei gewählten Reichstag 1933 zur Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes mit dem Aufruf der DSAP von Mitte September 1938 *Mitbürger! Es geht um alles*, die in gleicher

Weise Werte von Freiheit, Demokratie und Frieden in schwierigster Zeit vertreten hätten.

Tomáš Okurka informierte über die Stellung der noch ca. 100.000 verbliebenen Deutschen, darunter 6.000 mit dem Status Antifaschist, nach der Vertreibung und ihre rechtliche Stellung im tschechoslowakischen Staat in zeitlicher Entwicklung. Und über die Arbeit an der für Ende 2012 geplanten ständigen Ausstellung in Aussig über die *Deutschen in Böhmen*.

Das erste Haus am Platze, das Hotel *Prince de Ligne*, schräg gegenüber dem Schloss gelegen, bot gehobene Unterkunft für einige und böhmische Küche für alle, wobei die Essenswahl einer Lotterie gleichkam. Der reibungsarme Ablauf im Schloss war Ergebnis der unermüdlenden Arbeit von Victor Keller, Kurator des Regionalmuseums von Teplitz, der nicht nur der Ausstellung seine Türen öffnete. Schnell zerstreute sich die Gästeschar nach Abschluss der Tagung. Die Zentren politischen Lebens sind im heutigen Tschechien anderswo. Doch vor 90 Jahren war die Kurstadt Teplitz-Schönau mit ihren umliegenden Industriedörfern Ort und Kraftquell politischer Auseinandersetzungen, nicht zuletzt der DSAP.

Ulrich Miksch

Nationale und soziale Themen für eine neue, alte Partei

In seinem Festvortrag erinnerte Dr. Martin Bachstein an das im Jahre 1919 äußerst gespannte Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen, an die damals große materielle Not im Lande und den Zwang für die sudetendeutschen Sozialdemokraten, sich von der österreichischen Mutterpartei zu trennen und sich in der jungen Tschechoslowakei politisch neu einzurichten. Friedrich Adler war nach Teplitz gekommen und hatte im Namen der österreichischen Partei darauf hingewiesen, dass man sich notgedrungen „von der besseren Hälfte der Partei“ trennen müsse.

Bachstein wies darauf hin, dass der neue tschechoslowakische Staat viele der alten Probleme Österreichs aufwies, so dass die Durchsetzung der Forderung nach einem fairen nationalen Selbstbestimmungsrecht für die deutsche Bevölkerung, wie es die altösterreichische Partei im Jahr 1899 in Brünn definiert hatte, auch weiterhin höchste Priorität besaß. Und zwar forderte die DSAP nicht etwa die gleichen Rechte für alle Bürger, sondern „das gleiche Recht der Völker“ in der neuen ČSR. Er legte außerdem Wert auf die Feststellung, dass der in Teplitz gewählte DSAP-Vorsitzende Josef Seliger auch als Austromarxist nur bereit war zur politischen Auseinandersetzung auf der Grundlage demokratisch-parlamentarischer Spielregeln und deshalb schon auf dem Gründungsparteitag Mitglieder der Parteilinken, der späteren Kommunisten, in den Hintergrund gedrängt wurden. Seligers maßvoller Kurs als Vertreter der sozialen und nationalen Anliegen der sudetendeutschen Volksgruppe habe sicherlich dazu beigetragen, dass seine sozialdemokratische Partei bei der ersten Parlamentswahl im Frühjahr 1920 einen überwältigenden Wahlsieg davontrug. Die DSAP erhielt damals 44 Prozent der sudetendeutschen Stimmen, ein später nicht mehr erreichtes Ergebnis.

Seehofer nach Tschechien und schwierige Wahl für die ČSSD

Am Donnerstag vor Pfingsten hatte der Arbeitskreis für Bundes- und Europaangelegenheiten der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag zu einer Vortragsveranstaltung mit dem Prager Korrespondenten der *Süddeutschen Zeitung*, Klaus Brill, ins Maximilianeum eingeladen. Es waren so viele Interessierte gekommen, dass die Veranstaltung ins Plenum verlegt werden musste. Um es vorweg zu nehmen: Der gut informierte Brill sagte bereits drei Tage vor der Rede des bayerischen Ministerpräsidenten auf dem Sudetendeutschen Tag, dass Seehofer nach den Parlamentswahlen spätestens im Herbst das Nachbarland besuchen werde.

Brill wies darauf hin, dass bisher kein bayerischer Ministerpräsident von der CSU den wichtigsten Handelspartner und Nachbar Bayerns besucht habe - Edmund Stoiber nicht einmal während seiner mehr als fünfzehn Jahre im Amt, angeblich aus Rücksicht auf Vorbe-

halte der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Die SPD-Landtagsfraktion hingegen besuche regelmäßig den Nachbarn; der neue Vorsitzende Markus Rinderspacher war erst Anfang April offiziell in der tschechischen Hauptstadt. Brill machte auch kein Hehl daraus, dass seiner Meinung nach die Sudetendeutsche Frage inzwischen in Prager politischen Kreisen und auch in der tschechischen Öffentlichkeit nicht mehr als so wichtig angesehen wird, dass man darüber Emotionen verliere. Ein Indiz hierfür sei die Abwesenheit des sudetendeutschen Themas im Wahlkampf - ein erfreuliches Phänomen. Noch vor einigen Wochen hatte es so ausgesehen, als ob die Sozialdemokraten (ČSSD) mit Jiří Paroubek wieder den Chef einer Koalitionsregierung stellen würden, dann war der Ausgang der Parlamentswahl wieder völlig offen. Ein großes Problem ist das politische Desinteresse der jungen Generation und die auch damit verbundene niedrige Wahlbeteiligung. Die tschechische Öffentlichkeit fühlt sich von den Parteien nicht ernst genommen und reagiert auf die zahlreichen großen und kleinen Skandale und Korruptionsaffären, indem immer mehr Wähler/innen am Wahltag daheim bleiben, laut Brill auch eine Hinterlassenschaft des jahrzehntelangen kommunistischen Systems. Paroubek verprellte außerdem viele Jungwähler, als er während seiner Zeit als Ministerpräsident die Technoparty *Czech Tek* mit harter polizeilicher Gewalt auflösen ließ.

Als Nachtrag ist zu berichten, dass die ČSSD zwar als stärkste Fraktion aus der Wahl hervorgegangen ist, aber nicht über genügend Sitze verfügt, um mit einer anderen links von der Mitte angesiedelten Partei die Regierung zu bilden. Paroubek hat seinen Rücktritt als Parteivorsitzender angekündigt. Bei Redaktionsschluss hatte es den Anschein, als ob eine Koalition von konservativ-bürgerlichen Parteien die künftige Regierung stellen wird. Martin K. Bachstein

Václav Klaus hält Europa-Rede in Berlin

Der tschechische Staatspräsident hielt am 29. April an der Humboldt-Universität zu Berlin eine Europa-Rede in einer Reihe, die in loser Folge das Walter-Hallstein-Institut für Europäisches Verfassungsrecht veranstaltet. Begrüßt durch den Präsidenten der Humboldt-Uni, der seine Amtskette umgehängt hatte und Klaus mit den Worten empfing, hier einen veritablen Querkopf der Politikergilde vor sich zu haben, verwies Christoph Marksches auch auf seltsame Aspekte der Klaus'schen Positionen. Gerade die Leipziger Universität, die Marksches vor kurzem besuchte und die durch den Auszug deutscher Studenten und Professoren aus der Prager Universität 1409 entstand, mache deutlich, wie verwoben die europäische Realität auch in der Vergangenheit gewesen sei, bevor die Souveränität der vielen Nationalstaaten Europa neu ordnete. Präsident Klaus, der deutsch redete und immer wieder englische Zitate einer Rede aus dem Jahre 2002, die er in den Wirtschaftswissenschaften der Humboldt-Uni gehalten hatte, einflocht, reihte sich ein in die Phalanx seiner von ihm sehr beachteten Vorredner. Angefangen bei Joschka Fischers Europa-Rede geißelte er die Intention fast aller dieser Auftritte als ausschließlich normativ und der Ideologie eines immer enger zusammengebundenen und sich vertiefenden Europas folgend. Demgegenüber stellte er scheinbar eine stärker an der Deskription der realen Situation Europas angelehnte Darstellung seiner Position zu Grunde. Er forderte im Einklang mit den vielen Europakritikern in Deutschland (er nannte Peter Gauweiler oder das Bundesverfassungsgericht bis hin zu einer EU-kritischen Rede Hans Magnus Enzensbergers), dass die demokratischen Rechte und Freiheiten des Bürgers nur in den Händen der Nationalstaaten gesichert werden könnten und formulierte darum die Vision eines Europas der gleichwertigen und souveränen Staaten, die vernünftig und freundschaftlich zusammenarbeiten sollten - ohne Brüssel und irgendwelche in Verfassungen oder ähnlichem verankerten Werten.

Am Schluss tippte er dann noch in seinem beschreibenden Bild Europas die Frage der „historischen“ wie der „neuen“ Minderheiten an, die das Europa der Staaten unter der Ideologie des Multikulturalismus zum Einsturz bringen werde. „Neue“ Minderheiten, die vor allem durch Arbeitsmigration überall in Europa entstehen, aber eben auch die „historischen“ Minderheiten, die noch immer in fremden Staaten leben, wo sie scheinbar Unheil stiften. Meinte er damit wohl die Roma in seinem Land, ohne sie zu nennen, oder die Ungarn in der Slowakei, gegen deren Instrumentalisierung durch Ungarn er sich

kürzlich solidarisch mit der Slowakei erklärte? Hätte er seinen Furor der Deskription, den er immerwährend von allen möglichen Europa-verfechtern forderte, auch auf die Geschichte seines eigenen Landes angewendet, dann wäre ihm sicher aufgefallen, dass auch die Unheil stiftenden Sudetendeutschen eine solche „historische“ Minderheit waren, der man sich im Interesse eines „Europas der Staaten“ auf un-sanfte Weise entledigte? Da blieb am Ende der Rede und der kurzen Diskussion, die Václav Klaus als Weisen der Euro- und Europaskepsis dem deutschen Publikum erscheinen lassen sollte, der schon immer vor Europa (und vor der Ideologie der Klimaerwärmung) gewarnt hatte, ein schaler Beigeschmack. Wer selber nur das beschreibt, was ihm in den Kram passt, der darf sich über die nur normativ argumentierenden Europa-Redner kaum aufregen. Vielleicht ist das Neue Europa des Václav Klaus nur das alte, das aus zwei Weltkriegen auftauchte und langsam zu begreifen begann, dass in Europa übernationale Strukturen nottun, um nicht wieder im Schlamassel sinnloser Kriege menschliches Leid über die Völker zu schütten. Wünschen wir Václav Klaus, dass er wie die westeuropäischen Eliten nach 1945 einmal nachzudenken beginnt. Seine Präsidentschaft währt ja noch bis 2013. Ulrich Miksch

Quo vadis Vertriebenen-Stiftung?

Die Bandbreite der Meinungen über den Sinn und die Aufgaben der sog. Vertriebenen-Stiftung ist auch nach der Einigung über die Neugestaltung ihres Beirates sehr groß. Während der Bund der Vertriebenen (BdV) auch nach dem Verzicht seiner streitbaren Präsidentin Erika Steinbach auf einen Sitz im Beirat davon ausgeht, dass sich seine Konzeptionen durchgesetzt haben, gibt es nach wie vor kritische Stimmen. Dabei geht es vor allem um die ausreichende Berücksichtigung der historischen Tatsache, dass die schreckliche Vertreibung der deutschen Bevölkerung, vor allem aus Ostpreußen, Pommern, Schlesien und den deutschen Gebieten der vormaligen Tschechoslowakei, letztendlich eine Konsequenz der noch viel rücksichtsloseren Politik des Hitler-Regimes gegenüber den Nachbarstaaten im Osten und Südosten Deutschlands gewesen ist. Das heißt nicht mehr und nicht weniger, als dass eine Beteiligung von Fachleuten aus diesen Ländern an der Arbeit der Stiftung zumindest wünschenswert ist, ungeachtet des Umstandes, dass einige dieser Fachleute inzwischen vor den nicht nur in Deutschland vorhandenen Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe kapituliert haben.

Eng verbunden mit der internationalen Problematik ist aber auch noch ein zweites Thema: Die Verantwortlichen der Vertriebenen-Stiftung sollten mit hoher Priorität sicherstellen, dass die von ihr vertretene Kultur des Gedenkens nicht nur dem deutschen Bedürfnis nach Versöhnung mit der eigenen Vergangenheit Rechnung trägt, sondern auch der Versöhnung der deutschen Gesellschaft mit ihren Nachbarn im Osten und Südosten.

Bedenken hinsichtlich der künftigen Tätigkeit der Stiftung hat wiederholt der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, der aus Breslau stammende SPD-Politiker Wolfgang Thierse angemeldet. Er (und mit ihm zahlreiche andere maßgebliche Menschen in diesem Lande) ist der Meinung, dass sich die mehr als zehn Millionen Vertriebenen in den alten Bundesländern durch ihren Fleiß, ihre Integrationsbereitschaft und ihre Rolle beim wirtschaftlichen, sozialen und politischen Erfolg der Bundesrepublik bereits ein großartiges Denkmal gesetzt haben. Auch meint er, dass die Vertriebenen in der Erinnerungskultur der sechs Jahrzehnte seit der Gründung der Bundesrepublik mehr als genügend vertreten worden seien. Wenn überhaupt, dann könne die Stiftung Flucht, Vertreibung, Aussöhnung nur dann erfolgreich sein, wenn sie „nicht nur ein nationales, sondern auch ein nachbarschaftlich-europäisches Projekt wird“.

Anlässlich eines Empfangs der SPD-Fraktion im bayerischen Landtag versprach der Gründungsdirektor der Vertriebenenstiftung Professor Manfred Kittel vor einigen Wochen, dass die Sorgen der Nachbarstaaten bei der Arbeit der Stiftung durchaus berücksichtigt würden und dass historische Ursachen und Zusammenhänge keinesfalls verwischt werden dürften. Auch sicherte er zu, dass das „Geschehen in ganz Europa“ in der geplanten Dauerausstellung der Stiftung in Berlin thematisiert werden würde. Vielleicht ein Signal, die Diskussion zurückzufahren und dem über den BdV hinausreichenden Beirat sowie der Stiftung selbst die erforderliche Zeit zu lassen, um

ihre Tätigkeit in vollem Umfange aufzunehmen.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft zeichnete auf ihrem traditionellen Pfingsttreffen in Augsburg die BdV-Präsidentin Erika Steinbach u. a. für ihren Einsatz für das Zustandekommen des *Zentrums gegen Vertreibungen* mit dem Europäischen Karlspreis aus. Leider nutzte sie die Gelegenheit zu einem Rundumschlag gegen die rot-grüne Bundesregierung und die Europäische Kommission, die für die noch immer bestehende Rechtsgültigkeit der sog. Beneš-Dekrete verantwortlich seien. Soll offenbar heißen, dass Berlin und Brüssel bei der EU-Erweiterung zu wenig Druck auf Tschechien ausgeübt hätten. Dies sei politisch „fahrlässig und Vorsatz“ gewesen. Dass Steinbach auf diese Weise dem Ansehen der Vertriebenen-Stiftung geschadet und den angekündigten erstmaligen Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten in Prag belastet hat, schien der umstrittenen CDU-Politikerin gerade recht gewesen zu sein. Martin K. Bachstein

Nachrichten

Dachau: Des **65. Jahrestages der Befreiung des KZ Dachau** wurde am 02. Mai mit Kranzniederlegungen, Gottesdienst und Ansprachen gedacht. Bundespräsident Horst Köhler warnte vor dem Vergessen. Der Holocaust-Überlebende Max Mannheimer, Mitglied der SG, sagte: „Die Befreiung liegt für uns nicht im Verdrängen, sondern in der Erinnerung. Diese Erinnerung ist zugleich eine Mahnung, sich mit Entschlossenheit gegen menschenverachtendes Unrecht zur Wehr zu setzen. Dabei darf nicht übersehen werden, dass auch heute in vielen Teilen der Welt Kriege und Menschenrechtsverletzungen stattfinden und ungezählte Opfer fordern.“



Christine Haschek, Geschäftsführerin SG-Sozialwerk, Alexander Roth, SG-Mitglied, Albrecht Schläger, Ko-Bundesvorsitzender, Horst Ullmann, SPD-Stadtrat in Dachau

München: Der **Bundesvorstand** hat in seiner Sitzung am 17. April Thomas Oellermann, z. Z. Prag, als **neues Mitglied** (für Jugendarbeit) berufen. Thomas Oellermann: „Für ein versöhnliches Miteinander von Deutschen und Tschechen haben sudetendeutsche Sozialdemokraten bereits gekämpft, als andere sich noch gegenseitig die Köpfe einschlugen. Konkret bedeutet dies, dass die SG sich einmischen muss. Deutsch-tschechische Beziehungen können gar nicht genug Sozialdemokratie vertragen. Da Politik eine Inszenierung ist und öffentliche Debatten heutzutage auf ganz anderen Plattformen stattfinden (Internet), muss hier die SG präsent sein.“ Dies sehe er als eine seiner Aufgaben an. Vorschläge für konkrete Aktionen nimmt er gern entgegen. Über seine eigenen Ideen wird er informieren.

München: Am 13. April wurde die **Ausstellung Von der DSAP zur Seliger-Gemeinde** in der Eingangshalle West des Maximilianeums eröffnet. Barbara Stamm, MdL, Präsidentin des bayerischen Land-

tags, konnte zahlreiche Kollegen aus der Politik, Vertreter von Stiftungen und der Medien begrüßen. Sie betonte, wie wichtig es sei, sich an die Zeit des Widerstandes gegen das NS-Regime sowie an Flucht und Vertreibung aus der Heimat zu erinnern und die Chancen für Versöhnung zu ergreifen, und wies darauf hin, dass sudetendeutsche Sozialdemokraten nach 1945/46 maßgeblich an der Gründung der SPD in Hessen, Bayern und Baden-Württemberg beteiligt gewesen seien. Nach weiteren Grußworten eröffnete Albrecht Schläger die Ausstellung.

München: Am 21. April lud die SPD-Landtagsfraktion zu ihrem dritten **Empfang für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler** ins Maximilianeum ein. Christa Naaß, stellvertretende Fraktionsvorsitzende und vertriebenenpolitische Sprecherin, konnte zahlreiche Gäste begrüßen, so u. a. Brînduşa Predescu, rumänische Generalkonsulin, Ivo Losman, stellvertretender tschechischer Generalkonsul, Christian Knauer, BdV-Vizepräsident, Martin Kastler, MdEP, Paul Wengert, SPD-MdL und früherer OB von Augsburg. Sie erinnerte an die großen Aufbauleistungen der Vertriebenen und betonte, dass diese Menschen heute Botschafter für die Aussöhnung seien. Das Motto „Wir wollen Brücke sein“ war dem Lied von Ortried Kotzian entlehnt. Nach dem Vortrag von Professor Dr. Manfred Kitzel, Historiker und Gründungsdirektor der Stiftung Flucht, Vertreibung, Aussöhnung, wurden drei Initiativen für ihr Engagement als „Brückenbauer“ zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft vom Vizepräsidenten des bayerischen Landtags Franz Maget, SPD-MdL, ausgezeichnet: die Junge Aktion der Ackermann-Gemeinde, die Seliger-Gemeinde Ortsgruppe Waldkraiburg und der Schlesische Kulturkreis München.

München: Die SG-Ortsgruppen München und Dachau fuhren am 22. Mai zum Sudetendeutschen Tag in Augsburg, wo die **Ausstellung Von der DSAP zur Seliger-Gemeinde** präsentiert wurde. Die Eröffnungsrede hielt Dr. Peter Becher, Geschäftsführer des Adalbert-Stifter-Vereins, der besonders die Geschichte der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Ersten Tschechoslowakischen Republik hervorhob. Die Ausstellung war in der Halle im zentralen Hauptgang sehr gut positioniert. Erfreulich viele Besucher des Sudetendeutschen Tages interessierten sich für die Ausstellung.

Tschechien: Ulrich Miksch und Thomas Oellermann übergaben Bücherspenden der SG an das Collegium Bohemicum in Aussig und an das Prager Literaturhaus deutschsprachiger Autoren. In beiden Institutionen werden zurzeit Bibliotheken zur Geschichte und zum Wirken der Sudetendeutschen in den böhmischen Ländern aufgebaut.

Bonn: Die „Jubiläen“ werden in der nächsten Ausgabe veröffentlicht.

Neue Mitglieder

Wir begrüßen herzlich

Feist Monika, Waldkraiburg,
Frank Dr. Klaus, Hürth,
Harzer Markus, Schlüchtern,
Höfer Gabriele, Dachau,
Kiszner Hannelore, Wien,
Leschka Adolf, Weimar,
Mauler Margit, Rosenheim,
Metzner, Prof. Dr. Ernst Erich, Rüsselsheim,
Philipp Hans, Markt Indersdorf,
Sedlmair Christine, Dachau,
Starek Dr. Jana, Wien,
Stoy Theresia, Wiesbaden,
Tunkel Angelika, Wien,

und wünschen eine gute Zeit in unserer Gemeinschaft.

Die Brücke

Mitteilungsblatt der sudetendeutschen Sozialdemokraten

Bundesgeschäftsstelle der Seliger-Gemeinde, Landwehrstraße 37, 80336 München, (089-597930

Redaktion: Erni Bernhardt, Bonn (v.i.S.d.P.); Dr. Martin K. Bachstein, Pöcking; Ulrich Miksch, Berlin;

Prof. Dr. Heimo Scherz, München; Renate Slawik, München

E-Mail: sg-bv@seliger-gemeinde.de (www.seliger-gemeinde.de)

Bankverbindung: SEB München - BLZ 700 101 11 - Konto-Nr. 1 729 762 501

(Die Herausgabe erfolgt mit Unterstützung der Sudetendeutschen Stiftung)